

Pressemitteilung

Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland befürchtet langfristige Folgen für jüdische Gemeinschaft

Frankfurt, 23.10.2023 **Das Simchat Tora-Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 und die darauffolgende weltweite Welle antisemitischer Gewalt stellt eine nie zuvor erlebte Zäsur für das jüdische Leben in Deutschland nach 1945 dar.**

Der Massenmord an der israelischen Zivilbevölkerung und der mit jeder Eskalation des israelisch-palästinensischen Konflikt ausufernde Juden Hass auf deutschen Straßen, an Schulen, Universitäten und in nahezu jedem Bereich des alltäglichen und öffentlichen Lebens rufen bei Shoah-Überlebenden und den unmittelbaren Nachfolgegenerationen dunkelste Erinnerungen und Retraumatisierungen hervor. Viele leben seit dem 7.10. in großer Sorge um Angehörige und Freunde in Israel und befürchten des Weiteren eine akute Gefährdung jüdischen Lebens in Deutschland und Europa. Eltern schicken ihre Kinder aus Angst vor Anschlägen und Übergriffen nicht in Schulen und Kindergärten. Jüdische Gemeinden rufen ihre Mitglieder auf, keine sichtbaren jüdischen Symbole zu tragen. Ein weitgehend ausbleibendes gesamtgesellschaftliches Bewusstsein für die Ausmaße dieser Katastrophe führen zu einem Gefühl der Isolation. Die mangelhafte Kontrolle islamistischer Strukturen verstärkt den Vertrauensverlust gegenüber Staat und Sicherheitsbehörden.

Die gesamte jüdische Gemeinschaft steht unter einem enormen psychischen Druck, der bereits jetzt Spuren hinterlassen hat und jüdische Communities nachhaltig prägen wird. Die Bemühungen der vergangenen Jahre, jüdisches Leben in Deutschland sichtbarer, offener und zugänglicher zu machen, sind mit den jüngsten Entwicklungen erheblich zurückgeworfen worden. Die allgemeine Vulnerabilität der Jüdischen Community bleibt im öffentlichen Sprechen weitgehend unbeachtet.

Es wird intensiver Anstrengungen und Ressourcen bedürfen, um den Zustand der jüdischen Gemeinschaft wieder zu stabilisieren. Jüdische Gemeinden erweisen sich – wie auch schon im Zuge des Angriffskrieges auf die Ukraine - in ihrer Funktion als soziale Empfangsräume und Versorgungsinfrastruktur als überlebenswichtig. Als sozialer Dachverband der jüdischen Gemeinden in Deutschland hat sich die ZWST der Aufgabe verschrieben, Gemeinden, ihre Mitglieder sowie Betroffene von antisemitischer Gewalt und Diskriminierung niedrigschwellig zu unterstützen, ihre sozialen Bedarfe professionell zu bearbeiten und vulnerable Gruppen zu befähigen. Die anstehenden Haushaltskürzungen im Bereich der Freien Wohlfahrtspflege erschweren diese Bemühungen erheblich.

Seit dem 07.10.2023 hat die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland mit ihren Mitgliedsorganisationen OFEK (Beratungsstellenverbund für Betroffene antisemitischer Gewalt und Diskriminierung) und IsraAID Germany (Humanitäre Hilfsorganisation) im Rahmen der akuten Krisenversorgung umfangreiche Maßnahmen zur Förderung der digitalen Resilienz, psychosozialen Versorgung und Stabilisierung, betroffenenbezogene Bildung und Forschung zu Antisemitismus und Humanitäre Hilfe für Schwerstbetroffene in Israel aufgenommen und erweitert. Nähere Informationen unter: www.zwst.org

Kontakt: oeffentlichkeitsarbeit@zwst.org